

Zähes Ringen um Einigkeit

In den Koalitionsverhandlungen von Union und SPD hakt es bei Kernanliegen von CDU und CSU – etwa beim Thema Migration oder dem Bürgergeld. Ob eine neue Regierung bis Ostern steht, gilt als offen.

■ Von Ulrich Steinkohl

BERLIN. Die Union sieht nach dem Ende der Arbeitsgruppenphase in den Koalitionsverhandlungen mit der SPD noch tiefgreifende Differenzen und warnt vor unnötigem Zeitdruck.

Es gebe „sowohl beim Migrationsthema als auch bei der Innenpolitik insgesamt unterschiedliche Sichtweisen“, sagte der Parlamentarische Ge-

schäftsführer der Unionsfraktion im Bundestag, Thorsten Frei (Bild, CDU, Donaueschingen). Man könne aber durchaus zu Kompromissen kommen, ergänzte er. „Es wäre also völlig verfrüht, jetzt da etwas Konkretes zu sagen. Wir sind mitten in den Verhandlungen, und die werden uns vermutlich auch noch einiges abverlangen.“

Für die Beratungen gebe es keinen



festen Zeitplan. „Gründlichkeit ist eindeutig wichtiger als Schnelligkeit“, sagte Frei. Man werde „jetzt die offenen Punkte Stück für Stück abarbeiten“. Nach dem Ende der Arbeitsgruppenphase gehe es nun in die nächste Stufe der Koalitionsverhandlungen.

Alles, wozu noch keine Einigkeit erzielt ist, soll in der neuen Woche im kleineren Kreis besprochen werden. Größere Dif-

ferenzen gab es in den Arbeitsgruppen dem Vernehmen nach zu den Themen Steuern, Sozialpolitik und Eindämmung der irregulären Migration. Zumindest in der Zielbeschreibung war man sich in der Gruppe einig, die sich mit Staatsmodernisierung und Bürokratieabbau beschäftigt hat.

Unterdessen muss sich die SPD mit der Frage beschäftigen, welche Politiker künftig ins Kabinett gehen könnten.